

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1,50 und
0,80 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Streifenband 1,80 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingekaufte 10 Pf. Postkonten Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Bestände 30 Wg. Beilagen unter 25 Pf. laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postkonten
Hannover 67877.

Nr. 273.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 22. November 1931.

13. Jahrgang.

**Nun aber, weil du mein, ich dein,
Kann ich getrost entschlafen;
Dein heiliges Verdienst ist mein,
Schützt mich vor allen Strafen;
Du hast ja meinen Tod gebüßt
Und dadurch meinen Tod versüßt,
Zu einem sel'gen Heimgang.**

Des Todes Tod.

Der letzte Feind, der aufgehoben wird, ist der Tod.
1. Kor. 15, 26.

Der Tod wird nicht mehr sein, denn das Erste ist
vergangen. Und der auf dem Thron saß, sprach: Siehe,
ich mache alles neu, Offb. 21, 4. 5.

Das ist die gewaltige Botschaft, mit welcher das Buch
schließt, welches auf seinen ersten Blättern berichtet, wie
der Tod seine Herrschaft über die Welt antrat. Im An-
fang tritt neben die Schöpfung, die das Leben weckt, ihr
Feind, der Tod, der das Leben nimmt. Am Ende steht ne-
ben der Schöpfung — „Ich sah einen neuen Himmel und
eine neue Erde“ — das Leben und nichts als das Leben,
Es gibt keinen Tod mehr.

Also hat der Tod doch nicht das letzte Wort, wie wir
oft meinen. Wohl redet er in unserem Leben ein Wort
mit. Ja, er redet überall hinein. Er redet uns immer da-
zwischen. Wir können uns seiner nicht erwehren. Er
schneidet solchen, die uns noch viel zu sagen haben, plötz-
lich das Wort ab. Ja, er ist unser Feind, rücksichtslos, er-
barmungslos, grob, unerbittlich, er reißt von uns, was zu
uns gehört. Er tastet unser Heiligtum, unseren Leib, an,
den uns Gott gab. Ja, er ist unser Feind noch in viel tie-
ferem Sinne. Er ist Anfechtung und Versuchung zum Un-
glauben, wer ist hilflos, wer erscheint mehr von Gott
verlassen, als der sterbende Mensch? Ist der Tod nicht
ein schreiender Widerspruch zu all den väterlichen, gut ge-
meinten Verheißungen der Bibel? Der Tod bedroht nicht
nur unser Leben, sondern auch unseren Glauben an Got-
tes Macht, Hilfe, Güte und Barmherzigkeit. Gar man-
cher hat über dem Sterben den Glauben verloren. Das
Massensterben im Kriege hat viele im Glauben irre ge-
macht.

Aber über seinem hemmungslosen Dreinfahren steht
der lebendige Gott. Einmal gebietet er dem rücksichtslos
Vorstürmenden Halt. Wohl legte Gott den Todeskeim
in das Leben der Schöpfung. Das war ein furchtbares
Gericht. Aber einst, wenn die Vollendung anbricht, dann
wird der Tod mit Stumpf und Stil ausgerottet auf des-
selben Gottes Geheiß, auf dessen Wink dieser Menschen-
mörder erschien. Vorstellen können wir uns das nicht,
eine Welt ohne Tod. Wir sind so an diese blutige Geißel
gewöhnt, daß wir nur noch aufschreien, wenn unser eige-
ner Rücken von einem scharfen Sieb getroffen wird. Le-
ben ohne Tod, so etwas kann es nur geben, wenn Gott
das Erste, das Alte überhaupt versinken läßt, die beste-
hende Welt mit ihren Ordnungen und Gesetzen und auch
unsere Weltverbundenheit. Gerade deshalb müssen wir
sterben. Erst muß der Tod mein künftiges Leben
völlig vernichten, denn in mir, in meinem Fleisch wohnt
nichts Gutes. Unber meinen verwesenen Leib bricht das
Neue herein, und es umfängt uns neues ewiges Leben
in der Nähe Gottes.

Das ist unsere Hoffnung: Gott ist unseres Todes Tod.
Es geschieht nichts Neues unter der Sonne, sagt der Pre-
diger mit Recht. Aber wenn diese Sonne ihren Schein
verloren hat und Gottes allmächtige Güte über den zu-
sammengebrochenen Tod, über der neuen Welt leuchtet,
dann kommt das ganz Neue, das Ueberraschende: Der
Tod ist abgetan, wir leben in der Gemeinschaft dessen,
der dem Tode die Macht gab und nahm. Simon.

Was vorgeht.

Man braucht kein Schwarzseher zu sein, wenn man
in diesem Augenblick dem Gedanken Ausdruck gibt, daß
innerpolitische Auseinandersetzungen im Anzuge sind, die
leicht in Bürgerkrieg ausarten könnten. Nach dem Ge-
setz der Demokratie, wie es sich auch jetzt wieder der
„Vorwärts“ auslegt, darf eine Partei oder eine Bewe-
gung dann, aber auch nur dann, die Regierungsgewalt
in die Hand nehmen, wenn eine tatsächliche Mehrheit der
Wähler sich für diese Partei ausgesprochen hat. Für die
sogenannte Harzburger Front, einschließlich der Deut-
schen Volkspartei sind in Hessen 372 666 Stimmen abge-
geben worden, gegen 442 767 Stimmen, die für das Zen-
trum und die links vom Zentrum stehenden Parteien
abgegeben worden sind. Nun meint der „Vorwärts“, ein
faschistisches Regiment in Hessen stünde im Gegensatz zu
dem erklärten Willen der Wähler, es wäre unvereinbar
mit den Gesetzen der Demokratie. Weil die Sozialdemo-
kraten ganz richtige und ehrliche Demokraten wären,
deshalb hätten sie vor 13 Jahren auf die Alleinmacht ver-
zichtet, weil sie für sich allein bei den Wahlen zur Natio-
nalversammlung nicht die Mehrheit erhielten. Es den So-
zialdemokraten zu glauben, daß das der einzige Grund
war, weshalb sie damals auf die Alleinherrschaft verzich-
ten, das muß jedem überlassen bleiben. Wer aber jene
Zeit miterlebt hat als aktiver Interessent, der weiß, daß
für die Sozialdemokratie doch auch noch andere Gründe
vorlagen für diesen Verzicht. Zur Zeit ist es ja sehr
schwer, sich eine Vorstellung davon zu machen, was ge-
worden wäre, wenn eine rein sozialistische Regierung das
Ruder in der Hand gehabt hätte, nachdem der Waffenstill-
stand abgeschlossen und nachher das Versailler Diktat
unterzeichnet war.

Das Ergebnis der Wahl in Hessen hat
tatsächlich die Folge, daß augenblicklich Kom-
binationen außergewöhnlicher Art erörtert wer-
den. Besonders die Sozialdemokratie fängt an,
sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß es mit
ihrem Einfluß und ihrer Herrschaft in absehbarer Zeit zu
Ende sein könnte. Deshalb ist es nichts Merkwürdiges,
wenn gerade Dr. Breitscheid gleich nach der Wahl Erwä-
gungen anstellt, die einem Zusammengehen der Sozial-
demokraten mit den Kommunisten gelten. Die führen-
den Parteiblätter besprechen diese Dinge schon sehr ein-
gehend. Vielleicht ist es aber noch nicht nötig, die Sache
sehr ernst zu nehmen. Denn wenn die Sozialdemokratie
glaubt, die Nationalsozialisten auf die Schwierigkeiten
hinweisen zu sollen, die sie haben würden, wenn ihnen
eines Tages die Macht zufiele und sie dann zeigen sollten,
was sie könnten, dann ist wohl anzunehmen, daß sie sich
der gleichen Schwierigkeiten bewußt ist, wenn sie selbst in
Gemeinschaft mit den Kommunisten die Führung des
Staates in die Hand nehmen sollten. In der SPD mag
es außer Dr. Breitscheid auch sonst noch manche Promi-
nente geben, die schon mitmachen, wenn einige Aussicht
vorhanden ist, ein Sowjet-Deutschland schaffen zu können.
Ob aber die Wählermassen, die bis dahin hinter der SPD
standen, diese Wendung mitmachen werden, ist sehr zu
bezweifeln. Was die Zukunft da bringen wird, läßt sich
nicht sagen. Im Augenblick sieht man aber, daß sich tat-
sächlich zwei sehr starke Fronten bilden, zwischen denen
wahrscheinlich doch ein Endkampf ausgetragen werden
wird.

Hat die Wahl in Hessen nun den Nationalsozialisten
nicht die absolute Mehrheit gebracht, so daß eine Ueber-
nahme der Regierung auf legalem oder verfassungsmäßig-
gem Wege nicht möglich ist, so liegt es doch nahe, jetzt
nach einer neuen Koalitionsmöglichkeit zu suchen. Eine
regierungsfähige Mehrheit ohne die Nationalsozialisten
ist nur auf die Weise zustande zu bringen, wenn Sozial-
listen, Kommunisten und Zentrum zusammengehen und
das auch nur dann, wenn die beiden von den Kommuni-
sten und von den Sozialisten abgesplitterten Mandate
sich dazu schlagen. Da sich das Zentrum doch wohl kaum
entschließen wird, die Sache mit den Kommunisten zu
machen, wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als ent-
weder sich mit den Nationalsozialisten zusammenzutun
oder eine Regierung derselben zu tolerieren, falls dort
die Meinung besteht, die Regierung auch allein zu über-
nehmen. Nach den Erfahrungen, die in Thüringen und
Braunschweig gemacht sind, werden die Nationalsozial-
isten wissen, wie schwer es für sie ist, sich in den Einzel-
ländern mit Erfolg durchzusetzen, wo das Reich doch
immer noch Macht genug hat, den Länderregierungen
reichlich Schwierigkeiten zu bereiten. Und von katholi-
scher Seite ist man den Nationalsozialisten gegen-
über bisher in einer Weise vorgegangen,
daß es für das Zentrum jetzt auch nicht gerade

leicht sein wird, eine Verbindung zu finden, die eine Zu-
sammenarbeit möglich macht. Wie sich die NSDAP zu
der Sache stellen wird, weiß man noch nicht. Wenn aber
einer ihrer Führer erklärt hat, sie würden sich sogar mit
dem Teufel verbünden, wenn sie dadurch Deutschland ret-
ten könnten, so scheinen einem Zusammengehen mit dem
Zentrum von dieser Seite aus wenig Hindernisse mehr
im Wege zu stehen. Auf die Gesamtpolitik des Reiches
geht, weiß man aber nicht, ob eine solche Koalition
bei den Nationalsozialisten einheitliche und freudige
Zustimmung finden wird. Es wäre schon denkbar, daß sich
auf evangelischer Seite Widerstände geltend machen, zu-
mal da aus den letzten Kriegsjahren und der Nachkriegs-
zeit mancherlei vorliegt, was davon abschrecken könnte,
dem Zentrum als solchem zuviel Macht zuzubilligen. Auch
wenn die Nationalsozialisten glauben, sich schon durch-
setzen zu können, wenn sie nur einmal die führenden
Stellen besetzt haben, so ist es doch aus der Geschichte der
Vergangenheit genügend bekannt, daß das Zentrum über
politische und diplomatische Gaben und Mittel verfügt,
und sie zu handhaben weiß, denen zu begeben keine
leichte Aufgabe ist. In der NSDAP waren bisher An-
sätze vorhanden zur Ueberbrückung von Gegensätzen in-
nerhalb des deutschen Volkes und der deutschen Politik,
die auf konfessionellem Gebiet liegen. Diesen Ansätzen
hätte man gern weitere Fortschritte gewünscht in der
Sonnung, es werde dadurch die Front gestärkt, die zur
Erkämpfung der politischen Rechte Deutschlands nötig ist.
Vorläufig kann man in den Zentrumsorganen noch lesen,
daß die NSDAP nicht glauben dürfe, daß sie für das
Zentrum koalitionsfähig sei, solange sie Männer vom
Schlage eines Münchener in ihren Reihen dulde. Wer
trotzdem könne und wessen Trommel Gehör fände, der
habe noch lange keinen Befähigungsnachweis zum Re-
gieren erbracht, und sei es auch im Hessenlande. Vor dem
Zusammentritt des Hessischen Landtages am 6. Dezember
wird sich wohl nichts Endgültiges entscheiden. Wie aber
die Entscheidung fällt in Hessen, werden sich Schlüsse
daraus ziehen lassen auf die weitere politische Entwick-
lung im übrigen Deutschland.

Unter ganz interessante Gesichtspunkte stellt die „Bos-
sische Zeitung“ die Hessenwahl. Sie überschreibt ihren Ar-
tikel: „Soziale Protestwahlen“ und meint, dieser Protest
habe sich nicht gegen den „Marxismus“ gerichtet. Auch
in Hessen sei den Rechtsradikalen der Einbruch in die
rote Front nicht gelungen. Wie bei allen bisherigen
Wahlen sei lediglich eine stärkere Radikalisierung der so-
zialistischen Arbeiterschaft zu verzeichnen. Es wird dann
hingewiesen auf die Reichswahlen 1924, wo aus der Ver-
zweiflungstimmung der Inflation heraus 30 völkische
Abgeordnete gewählt worden seien, als aber ein halbes
Jahr später wieder gewählt wurde, wo die wiedergewon-
nene Stabilität der Mark nicht mehr angezweifelt wurde,
sei die nationalsozialistische Welle wieder abgeebbt. Die „Bos-
sische Zeitung“ schreibt dann weiter:

„Wenn man die Zahlen aus Hessen etwas genauer prüft,
dann findet man, daß alle jene Parteien gewinnen oder sich
behalten, die sich zum sozialen Gedanken bekennen. Die
bürgerlichen Parteien sind zertrümmert. Aber das Zentrum
mit seinem christlich-sozialen Unterbau kann einen Stimmen-
zuwachs buchen, trotzdem es einer der stärksten Pfeiler der
bisherigen Außenpolitik war und ist. Und der Christlich-
Soziale Volksdienst, der die soziale Note seines Programms
betont, hat sich trotz seiner schwachen Organisation gut be-
halten können. Aufgerufen aber wurden die Deutsche
Volkspartei, trotz der Opferung von Dr. Curtius, trotz ihres
Eintretens für eine ausgesprochene Rechtsregierung, und das
Landvolk, das in Hessen die Deutschnationalen erst, trotz-
dem es sich der „nationalen Opposition“ angeschlossen und sich
um den Sturz des Kabinetts Brüning eifrig bemühte.
Nicht das nationalsozialistische Moment hat den Ausschlag gegeben,
sondern das soziale.“

Es ist nun freilich eine Binsenwahrheit, daß für die
Masse des Volkes jede öffentliche Wahl eine soziale Pro-
testwahl ist. Den Staat sieht schließlich jeder an als eine
Institution, die zum Schutze seiner Interessen da ist. Nie-
mand würde sich für die Politik interessieren, wenn nicht
hier eine Möglichkeit gesehen würde, eine Macht an die
Seite zu gewinnen, die in der Lage ist, Widerstand gegen-
über dem Stärkeren zu leisten. Wenn aber nun durch
solche öffentlichen Wahlen jetzt dieses soziale Moment so
stark in die Erscheinung tritt, daß festgestellt werden kann,
wie es die Teile des Volkes, die sich von stärkeren Mäch-
ten abhängig und bedroht fühlen, in einzelnen Parteien
zusammentreibt, weil sie glauben, durch Besitzergreifung
der Staatsmacht den nötigen Schutz zu gewinnen, so muß,
auf die Lage in Deutschland gesehen, gesagt werden, daß
an der Zukunft der Verhältnisse wohl der verlor-
rene Krieg, aber mehr noch die unglückliche, ungerechte
und unbarmherzige Liquidation dieses Krieges durch die
Entente und auch Deutschlands Politik selbst schuld sind.
Es wird doch heute niemand mehr bestreiten können, daß
es die bittere wirtschaftliche Not ist, die immer größer

werdende Volksmassen radikalisiert und in eine Verzweiflungstimmung hineintreibt, die blind ist gegen die Gefahren, die in einer Katastrophenpolitik liegen, von der Deutschland zweifellos zur Zeit bedroht ist.

Wenn man die finanzielle und wirtschaftliche Weltlage beobachtet, sieht man auch andere Völker in gleichen Nöten. Die Arbeitslosigkeit, welche solche politischen Entwicklungen zur Folge hat, die sich in sozialen Protesten auswirken, nimmt allenthalben zu. Und wenn noch vor wenigen Monaten die Meinung galt, Frankreich bliebe verschont, weil seine finanzielle Stabilität jeder Situation gewachsen sei, so scheinen die Schwierigkeiten doch auch für Frankreich jetzt schon zu beginnen. Jedenfalls findet die Regierung dort auch schon auf Mittel, die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen sollen. Auf einem Bankett der Vereinigung für wirtschaftliche Interessen hat der Ministerpräsident Laval erklärt, die Regierung habe sich die Aufgabe gestellt, unverzüglich ein Programm von Arbeiten öffentlichen Interesses im Werte von 5 Milliarden Mark ausführen zu lassen. Insofern ist Frankreich ja noch im Vorteil, daß der ihm zugeführte Geldreichtum es möglich macht, die fünf Milliarden leicht aufzubringen und der Allgemeinheit durch Arbeitsbeschaffung zuzuführen. In Deutschland ist die Sache aber ganz anders. Das hat derselbe Laval vor dem versammelten französischen Auswärtigen- und Finanzausschuß selbst durch eine Erklärung bestätigt. Er sagte dort: „Nach der Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands würden die beiden Regierungen in aller Offenheit und Freiheit ihre beiden Auffassungen miteinander vergleichen. Frankreich, so fügte Laval hinzu, denke jedenfalls nicht daran, in irgendeiner Form französisches Geld nach Deutschland zu bringen. Außerdem würde die Summe, die Deutschland benötige, derart hoch sein, daß man anscheinend deutscherseits bereits jede Hoffnung auf eine Anleihe habe fallen lassen.“

Solchen Feststellungen gegenüber ist es ein Hohn, daß die Younggeetze Deutschland an die Goldwährung binden. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Frankreich eines Tages Deutschland auf Grund dieser Bindung zwingt, doch die hohen Summen von ihm anzunehmen, die es ihm anscheinend jetzt noch vorenthält. Man mag die Dinge nach jeder Richtung hin überlegen, allenthalben findet sich eine Masche, in die das arme Deutschland verstrickt ist. Jede zukünftige deutsche Regierung wird vor der Notwendigkeit stehen, die Fesseln zu lösen, die Deutschland sogar daran hindern, Maßnahmen wirtschaftlicher Art, die nur innerpolitisches Interesse haben, so zu treffen, daß eine sichtbare Hilfe dadurch erzielt würde. Wo will es hinführen, wenn bei einem Riesenexportüberschuß, der doch größtenteils Sachwerte des Reiches über die Grenze bringt, auch noch in wenigen Tagen Gold- und Devisenverluste von vielen Millionen zu verzeichnen sind. Erhält Deutschland nicht bald seine Handlungsfreiheit zurück, werden ihm alle sozialen Protesten nichts mehr nützen. Nichts ist nötiger als die Parole: Deutschland, werde hart!

Zur Zeitgeschichte.

Im politischen und wirtschaftlichen Leben erfüllen die großen Krisen zu einem Teil die gleichen Aufgaben, wie das Gewitter im Haushalt der Natur: sie reinigen die Atmosphäre und geben dadurch dem Leben einen neuen Auftrieb. Daß derartige Wirkungen der Weltkrisen bisher aber nicht zu beobachten sind, läßt uns die Bürde unserer Zeit als noch schwerer empfinden, als sie ohnehin ist. Nun erwarten die Völker zwar nicht, daß sich mit einem Schlage und von selbst alles wenden wird, aber was sie verlangen, ist doch, daß der Kampf gegen die wirklichen Ursachen der Krise rücksichtslos und auf breiter Front aufgenommen wird!

In der Frage der deutschen Auslandsverpflichtungen wird mit dem deutschen Antrag auf Einberufung des im Youngplan vorgesehenen Sonderausschusses der internationalen Tributbank und mit der

gleichzeitigen Anrufung der ausländischen Stillhalteausschüsse das Stadium der Diskussionen in das der Entscheidungen übergeleitet. Man kann annehmen, daß die Ernennung der Mitglieder des Sonderausschusses durch die Notenbankpräsidenten innerhalb weniger Tage möglich sein wird, so daß dann der Ausschuß noch Ende November die Erstattung eines neuen Gutachtens über die finanzielle Lage Deutschlands in Angriff nehmen könnte.

Besser wäre es freilich gewesen, Frankreich hätte sich mit den vorhandenen Gutachten begnügt und damit den Weg für die Regierungskonferenz, von der allein eine Entscheidung erwartet werden kann, freigemacht! Mit der Einschaltung des BZG-Ausschusses geht eben nicht nur Zeit verloren, sondern dieses Verfahren verlängert auch die Unruhe und die Ungewißheit, und wird damit die Schrumpfung des Kreditvolumens noch vergrößern, d. h. die Blutarmut der Volkswirtschaften verschlimmern.

Aber auch in Deutschland wird es in dem neuen Abschnitt der Tributverhandlungen politisch kaum ruhiger werden. Wie die Wahlen in Hessen gezeigt haben, verfolgt der deutsche Wähler mit lebhaftem Interesse alle Vorgänge auf der politischen Bühne, jederzeit bereit, mit dem Stimmzettel den Parteien seine Zustimmung auszudrücken, die davon ausgehen, daß man Katastrophen nur mit außerordentlichen Mitteln vorbeugen kann. Alle Wahlen aber zeigen dem Auslande gleichzeitig, daß die Aufsehung des deutschen Volkes gegen weitere Tributzahlungen Tag für Tag im Wachsen begriffen ist, so daß, wenn aus der neuen Reparationskonferenz etwa nur ein neuer Zahlungsplan mit verminderten Beträgen hervorgehen sollte, der Kampf gegen dieses neue Abkommen unverzüglich entbrennen müßte. Von der deutschen Delegation muß man erwarten, daß sie nachdrücklich auf diese Situation hinweist und dabei mit der Waffe der kurzfristigen Verschuldung dazumittelt, daß Deutschland, das in guten Jahren Tribute mit geborgtem Gelde bezahlt hat, in schlechten Zeiten nicht plötzlich Reparationen aus eigener Kraft zahlen und gleichzeitig auch das gepumpte Geld zurückzahlen kann.

Wie groß die Meinungsverschiedenheiten im deutschen Volke immer noch sind, zeigt der Verlauf der Verhandlungen des Wirtschaftsrats. Ueberraschenderweise werden diese Verhandlungen nun noch schneller abgeschlossen, als man es angesichts der vorhandenen und nicht wegzuleugnenden Differenzen erwartete. Allerdings gehören dem Wirtschaftsrat, wenn er am Montag seine Schlußsitzung beginnt, die Vertreter der Landwirtschaft nicht mehr an! Das ist immerhin ein Vorgang von erster Bedeutung, zumal auch die Meinungen der übrigen Mitglieder des Wirtschaftsrats unbestimmt der Uebereinstimmung in diesen Punkten in anderen wieder voneinander abweichen. Aber ob nun der Wirtschaftsrat noch zu einem großen Programm kommt oder nicht, die Neuordnung muß beginnen, und zumindest jetzt dürfen selbst Minuten nicht mehr veräußert werden, um der deutschen Wirtschaft die feste Grundlage zu geben, die weiteren Erleichterungen standhält und von der man Brücken in eine bessere Zukunft schlagen kann.

Inzwischen hat nun der Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz neue Beunruhigung hervorgerufen. Von den Bankkrisen des Juli untersteht sich diese Affäre allerdings sehr wesentlich dadurch, daß es sich bei der Schalterkündigung der Bank für Handel und Grundbesitz nicht um eine Auswirkung der Wirtschaftskrise selbst handelt, sondern wir haben es hier mit einer Zahlungseinstellung zu tun, die auch in guten Zeiten nicht zu verhindern ist, wenn der Vorstand sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen läßt.

In der Weltpolitik verdient der japanische Einmarsch in Tiflis und der Vormarsch über diesen Punkt hinaus ernste Beachtung. Mag China die letzte Verantwortung für den Mandchurenkonflikt zu tragen haben oder Japan: auf alle Fälle gibt es eine Völkerverbündnisfäule, deren Zweck es ist, Kriege zu verhindern, gibt es einen feierlich unterzeichneten Kriegsschlichtungspakt, der das Schwert als politische Waffe ausschaltet. Trotz dieser Verträge aber fließt in der Mandchurei Tag für Tag Blut, donnern die Geschütze, reiten Kavalleristen Attagen, zeigen Bombengeschwader, wie sehr inzwischen die Flugwaffe gegenüber dem Weltkrieg verkommen ist.

Vermögen wir angesichts der verworrenen Verhältnisse in China, das seit langen Jahren vom Bürgerkrieg geschüttelt wird, von Deutschland aus auch nicht zu entscheiden, ob China oder Japan die letzte Verantwortung trifft, so vermögen wir doch deutlich aenua festzustellen, daß auch im

Zeichen der Völkerverbündnisfäule die nationale Sicherheit eines Volkes nur insoweit gewährleistet ist, als dieses Volk sich selbst zu schützen vermag und daß der Völkerverbund militärische Operationen selbst dann nicht verhindern kann, wenn die Mitglieder seines Rates vollständig am Beratungskisch versammelt sind!

Damit ergeben sich die Richtlinien für die deutsche Abrüstungsdelegation, die im Februar 1932 nach Genf fahren muß, von selbst.

Konflikt im Beirat.

Ausscheiden der drei Vertreter der Landwirtschaft.

Die Vertreter der Landwirtschaft im Wirtschaftsbeirat, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Dr. Brandes, der Präsident der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer von Oppen und der Besitzer Dr. Holtmeier, der den Bauernvereinen nahesteht, haben mit einem Schreiben an den Reichskanzler ihren Austritt aus dem Wirtschaftsbeirat erklärt.

Der wesentlichste Teil des an den Kanzler gerichteten Schreibens lautet:

„Leider müssen wir heute nach mehrwöchigen Verhandlungen feststellen, daß wir von einer Klärung der Grundprobleme noch weit entfernt sind, nicht zuletzt deshalb, weil die Reichsregierung es nach unserer Ueberzeugung an der erforderlichen Initiative in den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats hat fehlen lassen.“

Aber diese Feststellung hätte uns allein nicht veranlassen können, von einer weiteren Mitarbeit in den Wirtschaftsbeirat abzusehen, wenn nicht durch den Erlass der neuen Notverordnung über die Offhilfe eine ganz neue Situation geschaffen worden wäre, die wir nicht hinzunehmen vermögen.

Es wäre unseres Erachtens Pflicht der Reichsregierung gewesen, in Uebereinstimmung mit dem Wirtschaftsbeirat das gesamte Programm der Wirtschafts- und Finanzplanung einheitlich zu beschließen, anstatt eine einzelne Maßnahme vorher herauszugreifen.

Wir können solche Methoden durch unsere weitere Mitarbeit im Wirtschaftsbeirat nicht mit unserer Verantwortung decken, da kein Bauer in West- oder Süddeutschland es verstehen würde, daß die zum Teil rücksichtslose Eintreibung der von ihm aufzubringenden Lasten fortgeht, zu steigenden Zwangsversteigerungen führt, während gleichzeitig ein genereller Schutz für den Osten ausgesprochen wird.

Wir betonen ausdrücklich, daß wir für die ungeheure Not des Ostens, insbesondere der östlichen Landwirtschaft, volles Verständnis haben, und daß wir alle geeigneten Maßnahmen zur Linderung dieser Not begrüßen, daß aber diese Maßnahmen nur im Rahmen eines durchgreifenden

Hilfsprogramms für die gesamte deutsche Landwirtschaft von uns vertreten werden können.

Solange aber bei der Reichsregierung ein Gesamtprogramm nicht erkennbar ist, solange an der Methode der Einzelmaßnahmen festgehalten wird, solange die wichtigsten und sofort durchführbaren Maßnahmen — wir erinnern nur an den Butterzoll und die Drosselung entbehrlicher Einfuhren durch entsprechende Devisenbewirtschaftung — immer wieder hinausgeschoben werden, vermögen wir uns auch von den Arbeiten des Wirtschaftsbeirats keinen durchschlagenden Erfolg zu versprechen. Wir werden deshalb den Arbeiten fernbleiben, bis sich die Regierung zu einer Uenderung dieser Methoden und zur Aufstellung eines klaren Programms zwecks Durchführung der zur Rettung der gesamten Landwirtschaft erforderlichen Maßnahmen entschließt.“

4,2 Mill. Mark unterschlagen.

Der Zusammenbruch des Bankgeschäftes Marcus u. Co.

Der Zusammenbruch des früher sehr angesehenen Bankgeschäftes Mag Marcus u. Co. in der Jägerstraße 15/16 in Berlin, das seine Zahlungen mit Passiven in Höhe von 5 Millionen Mark vor einigen Tagen einstellte, ist nach den Feststellungen, die von den Treuhändern der Gläubiger und dem Konkursverwalter gemacht worden sind, auf schwerwiegende Verfehlungen zurückzuführen. Die Inhaber der Bank, Mag Marcus und Berthold Schreiber, werden beschuldigt, in Höhe von 4,2 Millionen Mark Depots ihrer Kunden angegriffen und verpfändet zu haben.

Die Zukunft des Volkshochschulheims Wislade.

Wir nehmen an, daß die Volkshochschule Wislade, die in einer Reihe steht mit den anderen ev. Volkshochschulen (Vindenhof-Bethel und Hermannsburg), den meisten unserer Leser schon bekannt ist. Die Volkshochschule Wislade hat trotz der Ungunst der Zeit ihre Arbeit bisher nicht nur weitergeführt, sondern sogar erweitern können. Seit dem ersten April dieses Jahres, also seit 8 Monaten, zählte sie bereits 4680 Uebernachtungen und übertraf damit die vorjährige Zahl weit. Zwar konnten wir nicht soviel Volkshochschulkurse halten wie sonst, da es an Jugend fehlt, die die Geldmittel dafür aufbringen kann. Dafür hatten wir um so mehr Erwerbslosenkurse. Im Frühjahr waren es erwerbslose junge Mädchen aus der Großstadt, die für den Dienst auf dem Bauernhofe umgeschult wurden, eine sehr wichtige und in die Zukunft weisende Arbeit. Im Sommer öffneten wir unser herrlich gelegenes Heim Erholung jugendlichen Großstadtkindern. Zweimal hatten wir ein evangelisches Kinderlager mit je 45 Kindern. Wieviel Kinderjubiläum und wieviel Gewinn an Gesundheit für Leib und Seele liegt darin eingeschlossen! Und nun haben wir seit Mitte Oktober 16 erwerbslose junge Männer zum freiwilligen Arbeitsdienst 6 Wochen lang. Daran haben wir eine ganz besondere Freude, denn wir erfahren es täglich, es gibt keine größere Wohltat für einen Erwerbslosen, als ein geregeltes Heimleben mit Arbeit, wie es auf der Wislade geboten wird. Da gibt es wieder ein „Mensch werden“, ein Wiederaufleben.

Und nun liegt eine neue Aufgabe vor uns, die uns zwar schon lange auf der Seele liegt, jetzt aber unaufschiebbar und dringend geworden ist: Wir möchten die Jugend unseres Bauerntums, besonders des süddeutschen, für unsere Bildungsarbeit auf der Wislade gewinnen, und wollen mit 2 kurzen Volkshochschulkursen von

Friedhofsgang am Totensonntag!

Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir. Febr. 13.

Schwer liegen die Nebelschleier über dem Friedhof. Die grauen Wolken am Himmel dämpfen das Licht des angebrochenen Tages. Durch die Zweige rauscht der Herbstwind und wirbelt ein welkes Blatt nach dem andern zur Erde: das Sterben der Natur! So wird die Natur zum Abbild unseres Lebens. Einmal kommt der Tag, an dem wir alle von dem Baum des Lebens herniederwirbeln als die welken, müden Blätter zur ewigen Ruhe.

Bereinzelt kommen schon die Besucher mit Kränzen und Sträußen. Die Gräber der Lieben sollen noch einmal geschmückt werden, ehe der Winter seine glitzernd weiße Decke über sie ausbreitet. Mit Wehmut gedenkt man der teuren Toten, denn es starben ja nicht nur die Alten und Lebensmüden, deren Lebensaufgabe erfüllt war. Vater und Mutter wurden in ihren besten Jahren unmiündigen Kindern entzogen, die so sehr noch der Elternliebe bedurften. Der Gatte wurde der treuen Lebensgefährtin, und die fürsorgliche Gattin dem Manne genommen. Die glückseligste Braut mußte, anstatt ihren Hochzeitstag zu erleben, einen gewaltigen, bitteren Schluck aus dem Kelch des Lebens trinken, indem sie ihren tödlich verunglückten Bräutigam der Mutter Erde wiedergeben mußte, und trauernd steht der Bräutigam am Grabe der seelenverwandten Kameradin, die ihm durch eine plötzliche Krankheit entzogen wurde. Betagte Eltern beklagen ihre erwachsenen Kinder, weil ihnen ihre einzige Stütze dahingerafft wurde. Freunde beklagen ihre Weg- und Kampfgenossen, und so geht die Kette bis ins Kleinste weiter. Neuer Schmerz erfüllt die Herzen und alle Wunden brechen auf zu neuem Weh! So grüßen wir euch, ihr Heimgegangenen, an diesem Tage ersten Gedenkens! An unfertigen geistigen Auge zieht ihr vorüber! Wir fühlen euer

Dasein, euer Gegenwart, euer Wesen, spüren den Hauch eurer Liebe! Denn ihr seid für uns nicht tot, sondern nur fern. Den vergänglichen Leib übergaben wir dem Mutter-schoß der Erde, oder der verzehrenden, leuchtenden Flamme, aber euer Wirken und Leben lebt in unserer Erinnerung fort. Wir betrauern nur euren Hingang aus unserer irdischen Gemeinschaft! Ihr habt den Wirt-wort des Erdendaseins überstanden und weilt nun im Lande der Vollendung! Bei all' diesen Gedanken wird es auch uns bewußt, daß wir in der gewaltigen Unendlichkeit ein jämmerliches Nichts sind, daß wir verdorren müssen wie ein Ast, der ins Feuer geworfen wird, verwelken müssen wie ein Blatt, das der Herbstwind zur Erde wirbelt und zertreten wird. —

Aber alles Sterben trägt dennoch den Keim des Lebens in sich und alles Leben den Keim des Todes. Das ist Naturgesetz. „Stirb und werde!“ Das ist der ewige Schicksalsruf. Jedem Charfreitag folgt auch ein Ostermorgen, jedem dräuenden Winter, ein hoffnungsvoller Frühling, allem Weh und Herzeleid, Trost und Freude!

Ich wandere durch die verschiedenen Gräberreihen: Namen, Zahlen, Sprüche. Die Besucherzahl mehrt sich sehends, und ein Grab nach dem andern erhält neuen Blumenschmuck.

Aus der nahen Ortschaft klingt Glockengeläut. Man ruft zum Gottesdienst für die Heimgegangenen. Zitternd hallt der Glockenklang auf dem Friedhof wieder. Die Natur wird mir zum Dom:

Alles Vergängliche nur ein Gleichnis des Unvergänglichen,

Alles Zeitliche nur ein Abbild des Ewigen!

Ich wandere dem Ausgang zu. Leise raunt der Herbstwind durch die Zweige, als ob er mir sagen wollte: Warte balde, ja balde ruhest auch du! Kurt Eiselbeck.

Der deutsche Antrag.

Der deutsche Tributschritt

Keine neue Anerkennung des Youngplans.

Der deutsche Antrag auf Einberufung des Beratenden Sonderausschusses darf, wie in politischen Kreisen betont wird, nicht als eine Einzelaktion angesehen werden. Er bildet lediglich ein Glied in einer ganzen Kette von Schritten in der Reparationsfrage, die im Juni begann, als die deutsche Regierung ankündigte, auf Grund der Bestimmungen des Youngplans einen Moratoriumsantrag zu stellen, und die sich fortsetzte in der Erklärung des Hoover-Jahres, in der Londoner Konferenz, dem Baseler Gutachten und dem Stillhalteabkommen. An alle diese Aktionen schließt sich jetzt der Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses der B33. als weitere Etappe auf dem Wege zur Konferenz der an dem Reparationsproblem interessierten Regierungen.

Die Einberufung des Sonderausschusses gründet sich formal auf die Abreden, die der französische Ministerpräsident bei seinem Besuch in Washington mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover getroffen hat, und die in dem bekannten Communiqué zum Ausdruck kommen, wonach die Inangriffnahme der weiteren Besprechungen über das Reparationsproblem durch die am Youngplan Beteiligten erfolgen sollte. Es wäre völlig abwegig, wenn man den jetzt vorliegenden deutschen Antrag als ein erneutes Bekenntnis zum Youngplan ansehen wollte, der ja formal niemals außer Kraft gewesen ist.

Für die Beratungen des Sonderausschusses seien in erster Linie die ihm zu übertragenden Vollmachten maßgebend. Man sehe es in politischen Kreisen als selbstverständlich an, daß der Ausschuss die deutsche Zahlungsfähigkeit nach allen Gesichtspunkten zu berücksichtigen hat, d. h. daß alle Faktoren, die Einfluß auf die deutsche Zahlungsfähigkeit haben, beachtet werden müssen und das Problem der Zahlungsfähigkeit in seiner Gesamtheit besprochen wird.

Zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands gehöre selbstverständlich auch die Prüfung der privaten Verschuldung, die der Ausschuss ebenso berücksichtigen muß, wie die Reparationsschulden. Wenn der Ausschuss auch keine Vorschläge für die Regelung dieser privatrechtlichen Schulden machen könne, müsse die Neuordnung des Stillhalteabkommens durch die privaten Gläubiger und Schuldner aber notwendigerweise in einer gleichzeitigen Aktion durchgeführt werden.

Gesamtprüfung beantragt.

Veröffentlichung des deutschen Antrags auf Einberufung des B33.-Ausschusses.

— Berlin, 21. November.

Nach Ueberreichung des deutschen Memorandums auf Einberufung des Sonderausschusses der Internationalen Tributbank in Basel und in den Hauptstädten der beteiligten Mächte wird der deutsche Antrag nunmehr im Wortlaut veröffentlicht. Das Memorandum beginnt mit dem formellen Antrag, den Beratenden Sonderausschuss der B33. einzuberufen, und enthält dann eine längere Darlegung der Ursache und des Zweckes dieses Antrags.

Im einzelnen heißt es darüber:

„Bereits Anfang Juni war die deutsche Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie trotz starker Herabsetzung der staatlichen Ausgaben und wiederholter Erhöhung der Steuerlasten außerstande sein werde, die Zahlung der Annuitäten des Neuen Planes fortzusetzen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands war schon damals auf das ernsteste bedroht. Die deutsche Regierung hatte sich deshalb entschlossen, die notwendigen Schlussfolgerungen aus dieser Lage zu ziehen. Dilemma Entschluß folgte am 21. Juni die Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schul-

den der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vorschlug. Die Hoffnung, daß dieser Vorschlag eine entscheidende Wendung in der Weltkrise herbeiführen würde, hat sich nicht verwirklicht. Die weiteren Ereignisse hatten zur Folge, daß das Hoover-Jahresjahr für sich allein die Gefahr des Zusammenbruchs nicht bannen konnte. So wichtig alle diese Maßnahmen waren, um eine schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem ganzen Charakter nach nur vorbereitender Natur. In den seither vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufs äußerste zuspitzt. Die Tatsachen, die diese Lage kennzeichnen, sind allgemein bekannt. Auch in anderen Ländern hat der Druck der Krise zu den ernstesten Erscheinungen geführt. Die Welt ist sich in steigendem Maße klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch die Lage aufgeworfenen finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie alsbald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen. Bei den Ueberlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist seitdem der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den Beratenden Sonderausschuss einzuberufen. Da nach dem System des Neuen Planes die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses von einem Antrag der deutschen Regierung abhängt, hat sich die deutsche Regierung zu diesem Antrag entschlossen, damit ihrerseits alles geschieht, was den Weg zu umfassenden gemeinsamen Maßnahmen der Regierungen eröffnen kann. Nach dem Neuen Plane ist für diesen Antrag die Erklärung der deutschen Regierung erforderlich, daß „sie in gutem Glauben zu dem Schlusse gekommen ist, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausschließbaren Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten.“ Indem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohne gleichen von Grund auf geändert worden. Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderausschuss die Aufgabe zuweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuss das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldner zu treffen ist. Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Beschleunigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die deutsche Regierung vor, daß der Beratende Sonderausschuss unverzüglich zusammentritt und daß er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsdann zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.“

je einer Woche Dauer im Januar nächsten Jahres beginnen. Der Kursum für junge Männer soll vom 3. bis 10. Januar, der für junge Mädchen vom 10. bis 17. Januar sein (Mindestalter für Teilnehmer 18 Jahre). Die Kosten betragen 250 RM täglich, die evtl. auch teilweise durch gelieferte Lebensmittel abgegolten werden können. Im Mittelpunkt der Vorträge und Ausprachen wird die Bildungsfrage stehen, die uns durch die Kulturkrise unserer Zeit gestellt wird. Näheres über die Kurse wird später gesagt werden. Uns liegt sehr daran, daß diese ersten Kurse zustande kommen, denn wir sind überzeugt: wenn erst einmal das Band zwischen den Söhnen und Töchtern des westfälischen Bauerntums und der Wislader geknüpft ist, wird es nicht wieder abreißen. Wir bitten daher herzlich alle Leser dieses Blattes, uns zu helfen, daß dieser Anfang zustande komme. Wir wenden uns mit dieser Bitte an unser westfälisches Bauernvolk, aber auch an alle Pfarrer und Lehrer, daß dieser Versuch, das Band zu knüpfen, gelinge. Man wende sich vertrauensvoll mit allen Meinungen und Anfragen an die Leitung der Volkshochschule Wislade, Post Oberrahmende, Kreis Mena in Westfalen. Zum Schluß noch eine andere Bitte: Es ist sehr schwer, die nötigen Geldmittel für den Betrieb der Wislade zu beschaffen. Alle öffentlichen Kassen leiden an Ebbe. Wir dürfen uns rühmen, ganz außerordentlich sparsam zu wirtschaften, da alle, die auf der Wislade tätig sind, mit dem Geringsten für sich zufrieden und zu jedem Opfer bereit sind. Aber trotzdem geht es leider ohne Geld nicht. Ein Weg, uns zu unterstützen, ist der: Wir nehmen in unserm in schönster Gebirgslandschaft in 400 Meter Höhe gelegenen Heim gern Erholungsgäste auf. Der Preis beträgt bei guter Verpflegung einschließlich Heizung usw. 3,50 RM, wenn zwei in einem Zimmer schlafen, 3,25 RM. Daß man sich auf der Wislade aufs Beste erholt, bezeugen alle, die es ausprobiert haben. Man komme also, wenn man Erholung nötig hat, zur Wislade!

den der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vorschlug.

Die Hoffnung, daß dieser Vorschlag eine entscheidende Wendung in der Weltkrise herbeiführen würde, hat sich nicht verwirklicht. Die weiteren Ereignisse hatten zur Folge, daß das Hoover-Jahresjahr für sich allein die Gefahr des Zusammenbruchs nicht bannen konnte.

So wichtig alle diese Maßnahmen waren, um eine schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem ganzen Charakter nach nur vorbereitender Natur.

In den seither vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufs äußerste zuspitzt. Die Tatsachen, die diese Lage kennzeichnen, sind allgemein bekannt. Auch in anderen Ländern hat der Druck der Krise zu den ernstesten Erscheinungen geführt. Die Welt ist sich in steigendem Maße klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch die Lage aufgeworfenen finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie alsbald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen.

Bei den Ueberlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist seitdem der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den Beratenden Sonderausschuss einzuberufen. Da nach dem System des Neuen Planes die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses von einem Antrag der deutschen Regierung abhängt, hat sich die deutsche Regierung zu diesem Antrag entschlossen, damit ihrerseits alles geschieht, was den Weg zu umfassenden gemeinsamen Maßnahmen der Regierungen eröffnen kann.

Nach dem Neuen Plane ist für diesen Antrag die Erklärung der deutschen Regierung erforderlich, daß „sie in gutem Glauben zu dem Schlusse gekommen ist, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausschließbaren Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten.“ Indem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird.

Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohne gleichen von Grund auf geändert worden. Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderausschuss die Aufgabe zuweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuss das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldner zu treffen ist.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Beschleunigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die deutsche Regierung vor, daß der Beratende Sonderausschuss unverzüglich zusammentritt und daß er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsdann zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.“

Die B33. bestätigt.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bestätigt den Eingang des deutschen Memorandums. Unmittelbar darauf sind alle Verwaltungsratsmitglieder der Bank telegraphisch um die Ermächtigung ersucht worden, den Beratenden Sonderausschuss einzuberufen. Außerdem sind der Reichsbankpräsident sowie die Gouverneure der Bank von Frankreich, der Bank von England, der belgischen Nationalbank, der Bank von Italien, der Bank von Japan und der Federal Reserve Bank von New York aufgefordert worden, Mitglieder für den Ausschuss zu ernennen.

Pensionstürzung im Ausschuss.

Ein Ruhegehalt über 12 000 Mark beziehen noch 579 Personen.

— Berlin, 21. November.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags begann in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich die Beratung der Anträge zur Pensionstürzung.

Die Deutschnationalen waren durch den Abgeordneten Lawrenz vertreten, die Nationalsozialisten nahmen an der Sitzung nicht teil. In der Generalsprache meinten verschiedene Redner, die beste Lösung aller Schwierigkeiten sei ein mit Zweidrittelmehrheit gefasster Beschluß des Reichstages.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, es sei der Regierung erwünscht, wenn durch einen verfassungsmäßig zustandegekommenen Beschluß des Reichstags alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden könnten. Gelingen es nicht, dann müßte es in der Frage der Pensionen und des Doppelverdienstes bei der Regelung der Notverordnung bleiben.

In Beantwortung der Frage, wieviel hohe Pensionen noch gezahlt werden, teilte der Minister mit, daß heute noch 579 Personen eine Pension beziehen, die den Betrag von 12 000 Mark übersteigt. Die allermeisten dieser Pensionen lägen aber zwischen 12 000 und 14 000 Mark. Pensionen, die den Betrag von 14 000 Mark überstiegen, gebe es nur wenig. Diese angeführten 579 Personen rekrutierten aus der alten und der neuen Wehrmacht, der Reichspost, der Reichsbahn und sämtlichen Reichsbehörden.

Kraftige Fälle seien reiflos ausgeräumt, zum Teil dadurch, daß die betreffenden Pensionäre freiwillig auf einen erheblichen Teil der Pension verzichtet hätten.

Deutschfeindliche Entschleierungen des Westmarkenvereins.

— Kattowitz, 21. November. Der polnische Westmarkenverein hat in Warschau eine Tagung abgehalten, auf der nicht weniger als zehn Entschleierungen angenommen wurden. Diese richteten sich insbesondere gegen die Grenzrevolutionsbestrebungen in Deutschland und gegen die Politik Danzigs, die als „illoyal“ gegenüber Polen bezeichnet wird. Weiter wird den Polen in Deutschland die Hilfsbereitschaft des Westmarkenvereins zugesichert. In der letzten Entschleierung wendet sich der Westmarkenverein gegen den Deutschen Volksbund und die deutsche Presse in Oberschlesien.

England wehrt ab.

50 v. H. Zollerhöhung in England.

— London, 21. November. Durch eine Verfügung des Handelsministeriums werden sämtliche Waren der Klasse 3 der Ein- und Ausfuhrliste des Handelsausweises, u. a. Brennmaterial, Eisen- und Stahlzeugnisse, elektrische Waren und Apparate, Maschinen, Textilien, Chemikalien, Farbstoffe, Leder und Lederwaren usw. vom Mittwoch, dem 25. November, ab mit einem Zoll von 50 v. H. belegt.

Schutzmaßnahmen für Grandi.

Bombenanschlag auf das italienische Generalkonsulat in Philadelphia.

— Philadelphia, 20. November.

In der Nähe der Wohnung des italienischen Generalkonsuls Marquis Ferrante, der den italienischen Außenminister bei seiner Ankunft empfangen wird, ereignete sich eine heftige Bombenerplosion. Die Polizei glaubt, daß die Bombe von Antifaschisten herrührt. Die Explosion richtete beträchtlichen Schaden an.

Die New Yorker Blätter weisen auf die aus Anlaß des Besuches Grandis getroffenen umfangreichen Vorkehrungsmaßnahmen hin. Der starke Polizeischutz, den die Morgan-Bank erhalten hat, ist nach einer Erklärung des leitenden Polizeibeamten des Wallstreet-Bezirks mehr als Vorkehrungsmaßnahme aufzufassen und durch eine direkte Bedrohung nicht veranlaßt.

Grandis Besuch in Washington.

— New York, 21. November.

Der Besuch des italienischen Außenministers Grandi in Washington fand mit der Veröffentlichung einer gemeinsamen italienisch-amerikanischen Mitteilung seinen Abschluß. Danach war es nicht beabsichtigt, ein Abkommen abzuschließen, wohl aber habe man ein wohlwollendes Verständnis für die einzelnen Probleme erzielt. Erörtert wurden die Finanzkrise, die Regierungsschulden, die Abwertung und die Währungspolitik. Die Verständigung zwischen den Hauptmächten müsse noch erweitert werden. — In einer Rundfunkansprache erklärte Grandi dann noch: „Ich bin voll überzeugt, daß mein Besuch in Washington seinen Teil dazu beigetragen hat, den richtigen Weg zu weisen.“

Angriff japanischer Bombengeschwader.

— Mukden, 21. November.

Japanische Flieger führten gegen eine 3000 Mann starke Abteilung der Armee des Generals Ma, die in Hailun, 100 Meilen nördlich von Chabin zusammengezogen worden war, einen Bombenangriff durch. Die Truppenabteilung soll vollständig vernichtet worden sein.

Ein japanfreundlicher chinesischer General gefangen und hingerichtet.

— Moskau (über Kowno), 20. November. Nach einer Meldung aus Mukden kam es am Freitag in der Nähe von Kinschou zu einem Gefecht zwischen Truppen Tschangshueiliangs und der Armee des Generals Tschien, der die japanfreundliche Politik in Mukden betreibt. Den Truppen Tschangshueiliangs ist es gelungen, die Truppen des Generals Tschien zu schlagen. Tschien wurde verhaftet und auf Befehl Tschangshueiliangs öffentlich hingerichtet.

Für Ruhe und Ordnung.

Drei Erlasse des preussischen Innenministers.

Der preussische Minister des Innern hat unterm 20. November d. J. einen Rundschreiben und zwei Polizeiverordnungen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung herausgegeben.

Angeichts der wirtschaftlich und politisch besonders gespannten Lage werden die Polizeibehörden ersucht, unter Anlegung strengsten Maßstabes Versammlungen, in denen — wenn auch nur in verkleinerter Form — zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, sofort aufzulösen.

Versammlungen, bei denen, insbesondere nach der Person des Redners, die Befürchtung solcher Verhältnisse besteht, vorbeugend zu verbieten oder jedenfalls nur unter Ausschluss solcher Redner zuzulassen.

Die entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe von Waffen, die ihrer Natur nach dazu bestimmt sind, durch Hieb, Stoß oder Stich Verletzungen beizubringen (Hieb- oder Stoßwaffen), an Personen unter 20 Jahren ist verboten.

Eine zweite Verordnung verbietet in der Zeit von 17 bis 7 Uhr Gelände- und Ordnungsübungen (Geländespiele, Geländesport usw.) und Vorbereitungen dazu sowie alle Märsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel.

Uebertretungen der Verbote werden mit empfindlichen Strafen belegt. Die Verordnungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Schweres Grubenunglück.

Bisher über 30 Schwerverletzte.

— London, 20. November. Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf der Bentley-Grube in der Nähe von Doncaster durch das nach den bisherigen Feststellungen über 30 Bergleute schwer verletzt worden sind. Einzelheiten fehlen noch. Von den benachbarten Gruben kamen sofort Rettungsmannschaften den Verletzten zu Hilfe.

Schiffskatastrophe.

Deltankerschiff in die Luft gesungen. — Vier Tote.

— New York, 20. November. Wie aus San Francisco gemeldet wird, flog dort ein der Standard Oil gehörendes Deltankerschiff in die Luft. Bei der Explosion wurden vier Arbeiter getötet und eine große Anzahl verletzt. Sechs weitere Arbeiter werden noch vermisst.

Freigabe des „kupfernen Sonntags“ für das Weihnachtsgeschäft. Der preussische Handelsminister hat die Regierungspräsidenten ermächtigt, in diesem Jahre auch den dritten Sonntag vor Weihnachten, den sogenannten „kupfernen Sonntag“, für das Weihnachtsgeschäft freizugeben.

Die deutsche Postkarte in London veranstaltete ein Wohltätigkeitsfest, das auch von vielen Mitgliedern der englischen Gesellschaft besucht worden ist.

Verschiedenes.

Der **Eigenheimbund Niedersachsen e. V.** in Hannover gibt bekannt, daß im Laufe des Monats November eine neue Darlehenszuteilung stattfindet. Die bisher bereits zugeteilten 2188 zinsfreien Darlehen fielen an 948 Arbeiter, 475 Angehörige selbstständiger und freier Berufe, 291 Beamte, 192 Angestellte, 150 Landwirte, 95 Frauen, 23 Invaliden und Pensionäre, 10 Verbände und 4 Gemeinden.

Jahrespreismäßigung für Kleingärtner. Die Jahrespreismäßigung für Kleingärtner, deren Geltungsdauer der Tarif nur für die Zeit vom 1. März bis 31. Oktober vorliegt, wird auf Grund der bisherigen Bescheinigungen über den 1. Oktober hinaus weitergewährt.

Handreichung für die Gebetswoche Anfang 1932.

Für die Gebetswoche im Januar 1932 ist das Programm erschienen, außerdem kommt auch Ende Dezember eine Handreichung zu gesegneter Ausführung der Vorlage für die Gebetswoche heraus. Diese Handreichung erscheint schon im 18. Jahrgang, und ist in Verbindung mit andern herausgegeben von Pfarrer Gauger in Elberfeld. Die Handreichung ist um 60 Pfennig zu haben beim Verlag, beim Evangelischen Allianzhaus in Blankenburg in Thüringen und zu beziehen durch jede gute Buchhandlung.

Moderne

Augenoptik

**H. Breder
BIELEFELD**

Gütersloherstr. 14 / Fernr. 1012

Knoblauchzwiebellast

Ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen **Arterienverfälschung und Hämorrhoiden**, gut gegen **Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma** sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die **oriental. Völker** den Knoblauch gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. **Preis pro Flasche** für ca. 4 Wochen reichend **Mk. 3.50**. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Kadas, Bad Deynhausen 4.

Qualitäts - Matratzen

in verschiedenen Füllungen wie

Roßhaar, Kapok, Alpengras mit Haarauflege, Alpengras „Original Schlaraflia“

Polsterei Ordelheide, Bielefeld

Kreuz Str. 43

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53.
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Inserieren bringt Gewinn!

Total- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. Andachten auf den Friedhöfen. Am heutigen Totensonntag sollen folgende Andachten auf den Friedhöfen gehalten werden: Sennfriedhof 3 Uhr; Pellafriedhof 3 Uhr; Johannfriedhof 3/4 Uhr; Nikolafriedhof 3/4 Uhr.

Hinweis.

Erholungsbedürftige Frauen, Schwestern und Kinder finden auch im Winter für längere oder kürzere Zeit liebevolle Aufnahme im **Hause Berghalde in Bernigerode**, das in einem der schönsten Harztäler und ganz am Walde liegt. Bitte Prospekt zu verlangen.

Bethel.

Eine alte Liebe! Auch diesmal kann es Hausvater Lange nicht lassen, hier seinen Bitttruf für die **Berliner Stadtmision** weiterzugeben. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Leitung der Stadtmision in diesem Jahr sich mit besonderer Eindringlichkeit an ihre alten Freunde um Hilfe wendet. Und so hofft Hausvater Lange, auch hier jetzt keine Fehlbite zu tun, ohne daß es nötig wäre, Einzelheiten aus der großen Not zu schildern. Er bittet, Naturalien, Kleider, Schuhe und dergl., in der Sattlerei bei Hausvater Euen abzugeben, Geldgaben an ihn oder auch an Hausvater Euen. Für jede Hilfe dankt er im voraus herzlich.

Posaunenmusik am Totensonntag. Am Totensonntag wird in gewohnter Weise der Posaunenchor von 2 Uhr auf dem neuen Friedhof und von 2 3/4 Uhr ab auf dem alten Friedhof Trost- und Auferstehungslieder blasen.

Christlicher Verein junger Männer.
Sonntag abend 8 Uhr in Gofen „**Volkswismus und Christentum**“. Der Abend ist offen für alle Abteilungen.

Christlicher Verein junger Mädchen.

Sonntag nachmittag: Vereinsstunde.

Montag abend: Turnen.

Dienstag abend 8 Uhr: **Schulungskursus für Gruppenmütter und Bethelgruppenabend**, ältere Abteilung, im Gruppenaal.

Musikalische Feierstunde. Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr in der Zionskirche. Ausführende: Fräulein Rea Meister, Berlin, (Alt), Kirchenchor Bethel, Orgel und Leitung: J. P. Seiler. Solofestspiele von Mendelssohn, Bach, Hugo Wolf usw. Orgelfestspiele alter Meister und J. S. Bach. Chorgefänge von J. S. Bach. Programm 0,30 Mk. in der Anstaltspost. Kollekte für die Anstalt Bethel.

Anzeigen aus Bethel.

Unsere Buchhandlung wird in der nächsten Woche in die ihr zugedachten neuen Räume umziehen.

Aus diesem Grunde findet am Montag, den 23., und Dienstag, den 24. November im alten Laden ein

Billiger Bücherverkauf

statt, wo Gelegenheit geboten wird, manchen im stillen gehegten Wunsch zu erfüllen, da die Bücher sehr billig angeboten werden.

Beginn des billigen Bücherverkaufs im alten Laden um 9 Uhr vormittags durchgehend bis 6 Uhr abends

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Suche für 20jährige, im Hause halt ausgebildete Tochter

Stellung

Familienanstell. und Taschengeld. Angebote unter A 2049 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Gläubiges

Fräulein

oder Hausvater mit Nähkenntn. für Pfarrhaus (Duisburg) gesucht, schlicht um schlicht. Angeb. unt. A 2048 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Locarno-Monti

Südschweiz.

Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-Monti Br. idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vorzüglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätküche. Eig. Auto. Prospekt: bescheidene Preise. das ganze Jahr offen.
W. Keller, Prediger.

Alles schöne Qualität Fab c. 55 neue

Fettheringe

Salz- tafelfert., Dauerware, Dose ca. 25 Gabelrollmops, 1 Dose mit Lachs, Seeaal, Bratfisch und Geleher., ferner 3 Dose. la Oelsardin. Alles zusammen 4.95 Mk. Frankozusendg. 1 Mk. extra. E. Napp, Altona E. 357

Hervorragend in Geschmack und Güte; stets fabrikfrisch

Echte Eigelb-Margarine Pfd. 60 Pfg.

Feine Tafel-Margarine „ 50 „

Mindestmenge 9 Pfund; porto- und spesenfreier Versand unt. Nachn.

Friedrich Schmiedke, Hamburg 11, Neptunhaus

Fernruf: 366141/42

Restlofe

Gühneraugenverteilung

Schmerz laß nach

Tube 50 Pfg., 2 Tuben franko, Doppelfußbad dazu 40 Pfg.

Reformhaus Eden, Bielefeld,

Neustädterstraße 8.

Postfachkonto: Hannover 65598.

Bekannt, reell und billig!

Neue Gänsefedern

an der Gans gerupft, mit Leinen, doppelt gewaschen und gereinigt, beste Qualität. 6 Pfd. Mk. 3.-, Halbdunen Mk. 4.50, 3/4 Dunen Mk. 6.25. In Volldunen 9.-, 10.-, Gerissene Federn mit Dunen, gereinigt 3.40 und 4.75, sehr zart und weich 5.75. In 7.-. Versand per Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Garantie für reelle, staubfreie Ware. Nehme Nichtgefallendes zurück.
Frau A. Wodrich, Gänsemarkt, Neutribbin (Oderbruch)

Naturreiner, deutscher

Bienenhonig

eigener Ernte, kostet jetzt nur noch 4 Pfund 1.35 Mk. Versand in 5 und 9 Pfund-Dosen.

Lehrer i. R. Buchholz, Niederseebach, Post Idstein (Land).

Ga. 100 theol. Bücher

aus Nachlaß meines Vaters und Onkels, darunter 22 Bb. Encycl. (Herzog) u. a. für nur 40 Mk. in Riste per Fracht zu vergeben.

Siegfried Wegener, Linden bei Wildenbruch (Pommern).

Möbel

Gelegenheitskauf

Im Auftrage eines Kunden verkaufe ich ein Schlafzimmer, Birke, blank poliert; ein Herrenzimmer, Birke, matt, Bücherschrank 230 cm, weit unt. Preis.

Helene Frohwitter • Bielefeld

Möbel- u. Dekorationsgeschäft

G. Steinmann

Orgel- u. Harmoniumbau

Vlotho-Wehrendorf

Harmoniums in allen Größen und Preislagen nach den Grundsätzen der neuesten Orgelreform von 150.- RM an.

Reparaturen sowie Stimmen gebrachter Instrumente.

Katalog kostenlos.

Gebrauchte Harmoniums sowie Klaviere stets am Lager.



Umstellung im Haushalt

auf **Mußbutter „Jansana“** (veg. Margarine) weil ergiebiger und billiger,

hilft sparen

ohne etwas zu entbehren. Post- und Bahnversand zu Fabrikpreisen.

Pflanzenbutter Vertriebsgesellschaft

„Niederrhein“ m. b. H., Düsseldorf 72

Schleißbach

Zuverlässige Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Wolle gut gepflegt, hält doppelt so lange!



Waschen Sie Ihre Woll Sachen mit dem unvergleichlichen Persil, denn gerade für Wolle eignet sich Persil wundervoll. (Man rechnet einen gehäuften Eßlöffel Persil auf je 2 Liter

kaltes Wasser.) Ohne jedes Reiben entzieht das kalte Persilbad der Wollfaser Schmutz und Flecke und läßt sie wieder farbenfroh, frischduftend und tadellos sauber erstehen!



Persil bleibt Persil